

Nachrichten397
Arbeitshilfen und Stellungnahmen397
Buchbesprechung400
Federico Traine zu Wollenschläger: Enzyklopädie Europarecht, Unionsbürgerschaft und Migrationsrecht . .400	
Themenschwerpunkt Integration in den Arbeitsmarkt401
Barbara Weiser: Was tun bei Arbeitsverboten für Geduldete?401
Stephan Hocks: Der Spurwechsel – Aufenthalt für qualifizierte Geduldete nach § 19d AufenthG.410
Beitrag416
Anya Lean und Johanna Mantel: Zur Rechtsprechung nach dem EuGH-Urteil »EZ gg. Deutschland«416
Ländermaterialien421
Asylrecht, internationaler Schutz und nationale Abschiebungsverbote.428
VG Braunschweig: Flüchtlingseigenschaft für bisexuelle Person aus dem Iran.428
Entscheidungen zum Schutzstatus bei Wehrdienstentzug in Syrien431
BVerfG: EuGH-Beweiserleichterung entbindet Gerichte nicht von individueller Prüfung431
Asylverfahrens- und -prozessrecht.434
EuGH: Ausschlussfristen für Asylfolgeanträge sind unionsrechtswidrig434
Anmerkung von Inken Stern zum Urteil des EuGH437
BVerfG: Keine Ablehnung der Prozesskostenhilfe bei uneinheitlicher obergerichtlicher Rechtsprechung439
Aufenthaltsrecht442
OVG Sachsen: Verpflichtung zur Ermöglichung der Wiedereinreise einer abgeschobenen Familie.442
Entscheidungen zur »Duldung light«.444
Abschiebungshaft und Ingewahrsamnahme446
Sozialrecht.447
LSG Sachsen: Keine Leistungskürzung, wenn Passbeschaffung an Botschaft scheitert447

Asylmagazin – Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht

Das Asylmagazin liefert aktuelle Hintergrundinformationen zu den rechtlichen Fragen rund um die Themen Flucht und Migration. Es erscheint regelmäßig mit neun Ausgaben im Jahr. Weitere Informationen finden Sie bei www.asyl.net sowie bei menschenrechte.ariadne.de/zeitschrift-asylmagazin.



In Kooperation mit



Wollenschläger: Enzyklopädie Europarecht – Freizügigkeit, Unionsbürgerschaft und Migrationsrecht

Von Rechtsanwalt Federico Trainè, Berlin

Das hier behandelte Buch ist der zehnte Band der insgesamt 12-bändigen Enzyklopädie Europarecht. Die Enzyklopädie versteht sich als grundlegender Beitrag zur Einheitsbildung im Europarecht. Einem Recht, dem die Gesamtherausgeber (Hatje/Müller-Graff) in Ihrem Vorwort zur 1. Edition einen epochalen Aufstieg seit mehr als einem halben Jahrhundert zuschreiben. Ob nach dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU (dem ein eigenes Kapitel gewidmet ist) und den jüngsten verfassungsgerichtlichen Entwicklungen in Polen oder auch Ungarn noch von einem solchen Aufstieg gesprochen werden kann, ließe sich zumindest diskutieren.

Der hiesige Band widmet sich dem europäischen Freizügigkeitsraum der Unionsbürgerschaft und dem Migrationsrecht. Behandelt werden die Themen Unionsbürgerschaft, Freizügigkeit, Ausweisungsschutz, Bildungs- und Arbeitsmigration wie auch der Asylbereich sowie Fragen nach Daueraufenthalt, Familienzusammenführung oder Rechten auf Sozialleistungen. Schließlich umfasst er auch die Visapolitik und nicht zuletzt die Sicherung der Außengrenzen.

Laut der Verlagsankündigung ist Ausgangspunkt für den Band die Freizügigkeit der Unionsbürger*innen als konstituierendes Element für das Europarecht. Die in jüngerer Zeit vermehrt auf europäischer Ebene verabschiedeten eigenständigen Regelungen zu Drittstaatsangehörigen (EU-Asyl- und EU-Einwanderungsrecht) bewirken nicht nur gleichzeitig eine erhebliche Erweiterung des Anwendungsbereichs des Migrationsacquis. Auch die Auswirkungen auf das nationale Recht motivierten laut dem Vorwort des Herausgebers (Ferdinand Wollenschläger) eine primär rechtswissenschaftliche Analyse der EU-Freizügigkeit, die aber von einem rechtsvergleichenden Beitrag und zwei politikwissenschaftlichen Betrachtungen begleitet wird.

Das Werk beansprucht Praxisnähe und wird dem trotz seiner im Grunde ausschließlich auf dem akademischen Terrain tätigen Autor*innen großteils gerecht. Es gliedert die behandelten Positionen nämlich systematisch und in umfassender Auseinandersetzung mit europäischer wie auch nationaler Rechtsprechung.

Überzeugend sind dabei vor allem die Ausblicke am Ende eines jeden Beitrages, die den jeweiligen Autor*innen die Möglichkeit einräumen, eigene rechtspolitische Standpunkte oder Fragestellungen aufzuwerfen. Das Werk lässt dabei durchaus streitbare Positionen zu.

So hadert *Weber* (§ 3, Die Unionsbürgerschaft als Status) mit der Kernbestandsrechtsprechung des EuGH, weil er der Meinung ist, dass der EuGH über Art. 20 AEUV in einen anderen Politikbereich durchgreife und so richterrechtliche Aufenthaltsrechte mit Unionsverfassungsrang für Drittstaatsangehörige schaffe, die von der Unions-

gesetzgebung nicht vorgesehen seien. Diese Erkenntnis führt *Weber* dazu, gar die Legitimität der Unionsgerichtsbarkeit anzuzweifeln.

Progin-Theuerkauf (§ 26, Schutz der und Zusammenarbeit an den Außengrenzen) setzt sich denkbar knapp mit möglichen Grundrechtsverletzungen durch Frontex-Beamt*innen z. B. im Rahmen von Push-backs auseinander. Dabei wird die erhöhte Gefahr solcher Grundrechtseingriffe durch die Auslagerung und stetige Ausweitung von Grenzüberwachung an private Akteur*innen hervorgehoben.

Funke (§ 16 Primärrechtliche Grundlagen, Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts) leitet die Stellung der Grundrechtecharta (GR-Charta) überzeugend her, und stellt fest, dass deren bestehende Bedeutung sich im Wesentlichen der interpretatorischen Entwicklung der parallelen Garantien der EMRK verdankt. Die GR-Charta ist kraft des Unionsrechts unmittelbar geltendes Recht in jedem Mitgliedstaat (außer Polen) und insofern auch von nationalen Behörden und Gerichten zu beachten. *Funke* weist aber auch darauf hin, dass die EU trotz primärrechtlicher Handlungsmöglichkeiten nicht in der Lage ist, dem tausendfachen Sterben von flüchtenden Menschen im Mittelmeer entgegenzuwirken. Dabei würden etwa die Art. 77–79 AEUV die Formierung eines Rechtsgebiets »europäisches Migrationsrecht« erlauben, das letztlich umfassend durch EU-Gesetzgebung geregelt werden kann. Den dann folgerichtigen Schluss, dass die EU damit in der Lage, aber nicht willens ist, dem Sterben im Mittelmeer entgegenzuhandeln, zieht *Funke* aber nicht mehr.

Wapler (§ 7, Freizügigkeit von Familienmitgliedern von Unionsbürger*innen) leitet die Entwicklung der Kernbestandsrechtsprechung des EuGH äußerst umfassend und systematisch her. Es wäre wünschenswert gewesen, sich aus deutscher Sicht mit der Frage auseinanderzusetzen, ob der simple Verweis auf die Nachholung des Visumverfahrens das dermaßen grundlegende aus dem Unionsbürgerstatus abgeleitete Recht aus Art. 20 AEUV einzuschränken vermag, obwohl der EuGH sich bislang nicht explizit hierzu geäußert hat. *Wapler* erkennt aber, anders als *Weber*, dass die grund- und menschenrechtliche Verwurzelung der derivativen Rechte aus Art. 20 AEUV nichts daran ändert, dass diese letzten Endes funktionalen Charakter haben, indem sie dazu beitragen, die Freizügigkeitsrechte der Unionsbürger*innen zur vollen Entfaltung zu bringen.

Denjenigen, die sich einen vertieften Einblick in den Migrationsacquis der EU samt aufgearbeiteter Rechtsprechung und Diskussionsstand verschaffen wollen, ist dieser Band der Enzyklopädie Europarecht zu empfehlen.

- **Ferdinand Wollenschläger (Hrsg.)**, *Enzyklopädie Europarecht, Band 10: Europäischer Freizügigkeitsraum – Unionsbürgerschaft und Migrationsrecht*. Nomos 2021, 1090 S., 188 €, ISBN 978-3-8487-5772-5.